

Antrag

der Abgeordneten Karsten Klein, Christine Aschenberg-Dugnus, Christian Dürr, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Grigorios Aggelidis, Peter Heidt, Markus Herbrand, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Ulrich Lechte, Roman Müller-Böhm, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Benjamin Strasser, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Durch Insolvenz des Rezeptabrechners AvP betroffene Apotheken schnell finanziell unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Mit dem Unternehmen „AvP Deutschland GmbH“ (AvP) hat einer der größten Rezeptabrechner in Deutschland am Dienstag, den 15. September 2020, beim Amtsgericht Düsseldorf einen Insolvenzantrag gestellt. Durch diese zumindest für Außenstehende unvorhersehbare Insolvenz sind unzählige Apotheken, ohne eigenes Verschulden, in ihrer Existenz bedroht. Es ist der Presse zu entnehmen, dass bis zu 3 500 Apotheker, etwa jede sechste Apotheke in Deutschland, ein Kunde der AvP war und im Durchschnitt ein finanzieller Schaden in Höhe von 120 000 Euro entstanden sei (www.sueddeutsche.de/gesundheit/gesundheit-duesseldorf-apotheker-arzneiversorgung-nach-avp-insolvenz-gefaehrdet-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200930-99-767275). Im Einzelfall, beispielsweise bei in der Onkologie tätigen Apotheken, kann der finanzielle Schaden jedoch deutlich höher ausfallen.
 2. Die Vor-Ort-Apotheken leisten für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung – nicht nur in Pandemiezeiten – eine wichtige Aufgabe im Hinblick auf die Daseinsfürsorge und die örtliche Arzneimittelversorgung. Es ist daher im Interesse des Staates und seiner Bevölkerung, wenn der Bund den durch die Insolvenz von AvP betroffenen Apotheken unterstützend zur Seite steht.
 3. Die unverschuldete Insolvenz einer Vielzahl von Apotheken führt zu Lücken bei der Arzneimittelversorgung, was direkte negative Auswirkung auf die Patientenversorgung hätte. Eine Insolvenz von Apotheken ist daher unbedingt zu verhindern.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. sich umgehend einen Überblick über die Auswirkungen der Insolvenz von AvP auf die finanzielle Situation von Apotheken in Deutschland zu verschaffen und den Bundestag hierüber zu berichten;
 2. den allein aufgrund der Insolvenz von AvP in eine die Existenz bedrohende Finanznot geratenen Apotheken durch eine zügige Auszahlung von Überbrückungskrediten der KfW finanziell zu unterstützen;
 3. zu prüfen, wie in Zukunft vermieden werden kann, dass Versichertengelder der Krankenkassen dem Insolvenzrisiko eines Abrechnungszentrums ausgesetzt werden;
 4. sicherzustellen, dass künftig Versichertengelder insolvenzfest die jeweils leistende Apotheke zuverlässig und zeitnah erreichen.

Berlin, den 27. Oktober 2020

Christian Lindner und Fraktion